

An den Landrat

Glarus, 6. Juli 2023

Interpellation Die-Mitte-Fraktion «Umgang mit dem Fachkräftemangel»

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Ausgangslage

Am 23. April 2023 reichte die Die-Mitte-Fraktion die Interpellation «Umgang mit dem Fachkräftemangel» ein (s. Beilage).

2. Allgemeines / Einführende Bemerkungen

Der Fachkräftemangel in einzelnen Branchen oder Berufen entwickelte sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem allgemeinen Arbeitskräftemangel. Massnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in einzelnen Branchen oder Berufen vermögen diesen zwar – im Idealfall – in diesen Bereichen zu lindern. Sie führen aber zu einem umso grösseren Mangel in anderen Branchen oder Berufen.

Die politische Diskussion, in welchen Branchen oder Berufen ein Fachkräftemangel vertretbar ist, ist schwierig. Letztlich ist darauf zu achten, dass kein umfassendes Fördersystem entsteht, in dem die einzelnen Branchen oder Berufe sich staatlich subventioniert gegenseitig die Fachkräfte abwerben und gleichzeitig den bestehenden Mangel zementieren.

3. Beantwortung

Welches sind die Gründe, weshalb keine Gesuche zur Förderung der Hausarztmedizin eingehen? Wurde im Austausch mit den Hausärzten festgestellt, warum keine Nachfrage nach diesem Angebot besteht?

Der Kanton Glarus hat im Bereich der Förderung der medizinischen Grundversorgung seit Inkrafttreten der entsprechenden Änderungen im Gesetz über das Gesundheitswesen im Jahr 2019 diverse Massnahmen umgesetzt:

- Unterstützung des ärztlichen Notfalldienstes (40'000 Fr./Jahr);
- Aufbau einer Notfallpraxis am Kantonsspital Glarus (50'000 Fr./Jahr);
- Förderung der Weiterbildung in der Hausarztmedizin mittels Ausbaus des Praxisassistentenprogramms und Aufbaus eines Curriculums Hausarztmedizin (ca. 180'000 Fr./Jahr);
- Anschubfinanzierungen für den Aufbau eines pädiatrischen Angebots der Ärzte Netstal AG (170'000 Fr.) und der Sana Kids Glarus (20'000 Fr.);

- Beitrag an ambulante Kinderarztpraxis am Kantonsspital Glarus (2017–2021: 160'000 Fr./Jahr; 2022: 110'000 Fr./Jahr);
- Einführung der Möglichkeit, die schulärztlichen Untersuchungen an Pflegefachpersonen mit nachgewiesener praktischer Tätigkeit im Bereich Kinder und Jugendliche zu übertragen.

Zu erwähnen sind ferner die Sofortmassnahmen in den Jahren 2018–2020 zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung im Sernftal in Zusammenhang mit der Pensionierung des einzigen dort ansässigen Hausarztes oder der Aufbau einer Hausarztpraxis für Flüchtlinge.

Die meisten dieser Massnahmen fördern die Hausarztmedizin indirekt bzw. längerfristig, indem sie die Hausärztinnen und Hausärzte von einzelnen Aufgaben (Notfalldienst, Schulgesundheitsdienst, pädiatrische Untersuchungen) entlasten bzw. zu neuen Hausärztinnen und Hausärzten (Förderung der Weiterbildungen) führen sollen, die sich im Kanton Glarus niederlassen. Diese Massnahmen haben sich grundsätzlich bewährt und werden von der Glarner Ärzteschaft unterstützt.

Wie die Interpellantin richtig feststellt, gingen hingegen bisher lediglich zwei Gesuche von Grundversorgern für eine kantonale Anschubfinanzierung ein. Dies lässt sich zumindest teilweise mit der Coronavirus-Pandemie erklären, welche die Ärzteschaft wie auch das zuständige Departement Finanzen und Gesundheit in den vergangenen Jahren stark beanspruchte. Das zuständige Departement tauscht sich aber immer wieder mit der Glarner Ärzteschaft als Ganzes, aber auch mit einzelnen Grundversorgern und dem Kantonsspital Glarus aus und erörtert Massnahmen zur Förderung der Grundversorgung (z. B. die Schaffung von neuen Gruppenpraxen oder die Förderung der Ausbildung von Medizinischen Praxisassistenten). Gesuche um eine finanzielle Unterstützung des Kantons resultierten daraus aber bisher nicht.

Was sind die Gründe, dass weniger Gesuche von Betrieben für die Ausbildung im Bereich HF Informatik und Wirtschaftsinformatik eingehen? Ist das Angebot zu wenig bekannt?
 Ende 2017 hat der Regierungsrat den Leistungsauftrag an die IBW Höhere Fachschule Südostschweiz erteilt, damit diese ein entsprechendes Angebot in den Räumen der Gewerblich-Industriellen Berufsfachschule Ziegelbrücke (GIBGL) aufbaut. Das Interesse an den verschiedenen Angeboten der IBW Höhere Fachschule Südostschweiz steigt langsam, aber stetig. Die Etablierung von Ziegelbrücke als Standort der höheren Berufsbildung braucht allerdings Zeit und Energie.

Das Interesse der Betriebe an Betriebsbeiträgen im Zusammenhang mit den HF-Angeboten für Informatik und Wirtschaftsinformatik ist tatsächlich sehr gering. Zu Beginn der Umsetzung der Massnahme wurden alle damals potenziell in Frage kommenden Betriebe im Auftrag des Departements Bildung und Kultur aktiv von der IBW Höhere Fachschule Südostschweiz kontaktiert und auf die Möglichkeit der Beiträge aufmerksam gemacht. Dies erfolgte teilweise auch über den Vorstand der Glarner Wirtschaftskammer. Zusätzlich wurde die Massnahme in den regionalen Printmedien beworben.

Möglicherweise sehen die Glarner Betriebe wenig Bedarf an ausgebildeten (Wirtschafts-)Informatikerinnen und -informatikern auf Stufe Höhere Fachschule. Das geringe Interesse für die Betriebsbeiträge könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass die Beiträge nur dann relevant werden, wenn der Arbeitgeber den Teilnehmenden grosszügig Arbeitszeit für die Ausbildung zur Verfügung stellt. Nicht zu vergessen ist, dass auch hier die Coronavirus-Pandemie grosse Informationsveranstaltungen und persönliche Gespräche einschränkte.

Nebst dem direkten Kontakt mit den Betrieben wurde für die Bildungsgänge mit Flyern, mehreren Informationsveranstaltungen für Lehrgängerinnen und -gänger sowie die Bevölkerung, einem Auftritt an der Glarner Messe, Plakataktionen und über Social Media sowie über weitere Kanäle geworben.

Erfreulich und positiv hervorzuheben ist, dass diese Marketingmassnahmen langsam greifen und die in Ziegelbrücke seit 2021 angebotenen Lehrgänge HF Informatik und Wirtschaftsinformatik jedes Jahr zustande gekommen sind. Für die Glarnerinnen und Glarner bedeutet dies, dass die Ausbildung nicht mehr ausserkantonale absolviert werden muss. Ursächlich hierfür war sicherlich auch die im Oktober 2020 durch den Regierungsrat beschlossene befristete Reduktion des Schulgelds für Glarnerinnen und Glarner.

Gemäss Detailkommentar konnte das Angebot für Praktika für angehende Juristen aufgrund von Ressourcenengpässen nicht angeboten werden. Bis wann sind diese Engpässe behoben?

Aufgrund der personellen Wechsel beim Rechtsdienst der Staatskanzlei, aber auch in mehreren Departementssekretariaten, die bei der Umsetzung des Praktikumsprogramms für angehende Juristinnen und Juristen eine zentrale Rolle wahrnehmen sollten, konnte das Angebot bisher noch nicht umgesetzt werden.

Der Regierungsrat wird sich zur geplanten Umsetzung des Praktika-Angebots für angehende Juristinnen und Juristen im Rahmen der Beantwortung des Postulats der FDP-Fraktion «Förderung von jungen Juristinnen und Juristen in der kantonalen Verwaltung des Kantons Glarus» nach den Sommerferien 2023 ausführlich äussern.

Bis wann rechnet der Regierungsrat damit, dass die obigen Angebote genutzt werden und somit angehenden Fachkräften ein interessantes Angebot im Kanton zur Verfügung steht?
Förderung der Hausarztmedizin: Im Bereich der Förderung der Hausarztmedizin bestehen auf kantonaler Ebene umfassende Fördermöglichkeiten. Das zuständige Departement steht dabei in regelmässigem Austausch mit der Glarner Ärztesgesellschaft und dem Kantonsspital Glarus. Insbesondere im Bereich der Förderung der Weiterbildung sind trotzdem noch verschiedene Kommunikationsmassnahmen geplant (z. B. Aufschaltung einer Website).

Wichtige Rahmenbedingungen für die Attraktivität des Berufes als Hausarzt werden letztlich aber auch auf nationaler Ebene durch die Vorgaben des Bundes im Bundesgesetz über die Krankenversicherung oder durch die Tarifpartner selber bei den Tarifstrukturen definiert.

HF Informatik und Wirtschaftsinformatik: Wie vorstehend beschrieben, bestehen seit 2021 zunehmend genutzte Ausbildungsgänge im Kanton und Interessierte müssen keine ausserkantonale Ausbildung mehr besuchen.

Die Beiträge für die Betriebe können für den Ausbildungsstart im Sommer 2024 letztmalig in Anspruch genommen werden. Bei den Betrieben wird die Massnahme daher erneut aktiv beworben. Die Hauptabteilung Höheres Schulwesen und Berufsbildung sowie die IBW Höhere Fachschule Südostschweiz stehen dazu bereits in Kontakt mit der Glarner Wirtschaftskammer und dem Gewerbeverband des Kantons Glarus.

Praktika für angehende Juristinnen und Juristen; siehe oben.

Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, damit zukünftige Investitionen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels schnell und zielführend ein Erfolg werden?

Förderung der Hausarztmedizin: Wie oben ausgeführt, ist der Handlungsspielraum auf kantonaler Ebene relativ gering und es bestehen bereits umfassende Fördermöglichkeiten. In einzelnen Fällen könnte allenfalls der Beizug und die Finanzierung von Projektleitern durch den Kanton hilfreich sein, da das Fachwissen sowie die zeitlichen Ressourcen für die Realisierung von Projekten bei den Hausärzten nicht bzw. nur beschränkt vorhanden sind.

HF Informatik und Wirtschaftsinformatik: Der Kanton ist darum bemüht, der Wirtschaft Massnahmen zur Verfügung zu stellen und aktiv für diese Massnahmen zu werben (s. oben). Die Verantwortung zur Nutzung liegt letztlich bei den Ausbildungsbetrieben. Sollten weitere Massnahmen ergriffen werden, erfolgt dies in enger Zusammenarbeit mit den Stakeholdern.

Praktika für angehende Juristinnen und Juristen: Diese Frage dürfte sich im Bereich der Praktika für angehende Juristinnen und Juristen erst nach dem Start des Programms beantworten lassen. Aktuell scheint aber ungewiss, wie stark die Nachfrage nach entsprechenden Praktikumsstellen überhaupt sein wird.

Sieht der Regierungsrat weitere Massnahmen vor, um auch andere Branchen bei der Suche nach Fachkräften zu unterstützen?

Aus Sicht des Regierungsrates sind Massnahmen zu diskutieren, welche die Erwerbsarbeit und damit das Arbeitskräftepotenzial allgemein erhöhen. In vielen Bereichen ist dabei jedoch insbesondere der Bund gefordert, die Rahmenbedingungen zu verbessern (z. B. Förderung der Attraktivität der Erwerbstätigkeit nach Eintritt des Rentenalters, steuerliche Massnahmen zur Entlastung von Zweiverdienerhaushalten, Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland). Der Kanton Glarus schuf mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz erst kürzlich eine wichtige Grundlage, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Schliesslich sind die einzelnen Arbeitgeber auch selbst gefordert, geeignete Massnahmen umzusetzen oder den Arbeitskräftebedarf durch effizienzsteigernde Massnahmen zu senken. Der Regierungsrat selbst hat für die kantonale Verwaltung die Stärkung der Personalgewinnungs-, Personalanbindungs- und Personalentwicklungsmassnahmen als eine Massnahme der Legislaturplanung 2023–2026 definiert (M 3.2). Zudem werden mit der Einführung des Behördenportals (M 2.2) und der damit einhergehenden Digitalisierung der Backoffice-Prozesse Effizienzgewinne angestrebt.

Der Fachkräftemangel ist längst zu einem Problem der gesamten Wirtschaft geworden. In diesem Kontext kann auf das zwischenzeitlich lancierte Projekt Arbeit 4.0 verwiesen werden, welches aus dem Arbeitslosenfürsorgefonds finanziert wird. In der Mehrjahresplanung 2020–2025 der Hauptabteilung Wirtschaft und Arbeit sowie im Rahmen der digitalen Transformation sind die digitalen Grundkompetenzen für den Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit zentral. Werden hier frühzeitig Bildungslücken geschlossen, lässt sich der Fachkräftemangel proaktiv lindern. Zudem läuft das Projekt MINT (Vision 2030), welches Kinder und Jugendliche frühzeitig und spielerisch für MINT-Berufe begeistern soll: Es werden kleine Roboter gebaut, Laserprogramme geschrieben usw. In Kürze wird departementsübergreifend und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die zweite Phase mit der Volksschule starten. Diese Massnahme ist strategisch und wird erst in etwa zehn Jahren Früchte tragen.

Bei den Pflegeberufen ist der Handlungsbedarf ausgewiesen. Der Regierungsrat hat im laufenden Jahr bereits die ersten Massnahmen zur Förderung beschlossen. Hierzu wird auf die Beantwortung der Motion Sabine Steinmann, Oberurnen, und Mitunterzeichner «Ausbildungsoffensive für die Pflegeberufe – Unterstützung für die Betriebe» und die Medienmitteilung «Projekt zur Stärkung der Pflege gestartet», die auch auf die Beantwortung der Petition

«Für eine gute Pflege und genug Personal» des Komitees Pflege Glarnerland eingeht, verwiesen. Weitere Massnahmen werden im Projekt Ausbildungsinitiative aktuell geprüft und laufend direkt in Zusammenarbeit mit den Stakeholdern umgesetzt.

Der Kanton Glarus nimmt zudem selbst die Rolle als attraktiver Ausbildungsbetrieb wahr und setzt so die Anliegen der Interpellantin um. Die Hauptabteilung Soziales bildet beispielsweise zurzeit drei kaufmännische Lernende, eine Praktikantin und drei Sozialarbeitende aus.

Genehmigen Sie, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

*Benjamin Mühlemann, Landammann
Hansjörg Dürst, Ratsschreiber*

Beilage:
- Interpellation